

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band: 72 (1944)

Rubrik: Landeschronik von Appenzell A. Rh.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landes-Chronik von Appenzell A. Rh.

für das Jahr 1944.

Von Dr. Albert Nägeli.

Als beim grossen Brand von Heiden 1838 das Feuer ausgewütet hatte, da sah man mitten unter den rauchgeschwärzten Trümmern ein Haus unversehrt stehen. Kein Mensch konnte sich erklären, warum die gierige Flamme gerade dieses heimelige Appenzellerhaus verschont hatte. Ähnlich geht es uns Schweizern heute, nachdem die Kriegsfurie an uns vorbei gerast ist und wir fast nicht begreifen können, dass wir unser liebes Schweizerhaus mitsamt seinen Bewohnern, Hab und Gut, haben durch die vernichtenden Stürme von fast sechsjähriger Dauer in die Zukunft hinüber retten dürfen. Denn das Jahr 1944 brachte den Krieg aus den Steppen Russlands und den Randgebieten des südlichen Mittelmeers wieder bedrohlich in unsere Nähe, als die Alliierten in Frankreich landeten und längs unserer Juragrenze ein erbittertes Ringen sich zum Rheine hinzog. Wir waren Zeugen des heldenhaften Widerstandes französischer und italienischer Partisanen, aber auch der grauenhaften Vergeltungsaktionen entmenschter nationalsozialistischer und neofascistischer Horden, die, je aussichtsloser ihre Gewalt herrschaft wurde, desto fanatischer und rücksichtsloser vorgingen. Die alliierten Bombergeschwader, die mit der Vernichtung der Städte und Industriebezirke, der Verkehrs- und Transportanlagen den deutschen Nachschub allmählich lähm legten, überflogen ständig unser Hoheitsgebiet, trotz allen Protesten, und in unsern luftschutzpflichtigen Gemeinden heulten die Sirenen oft mehrmals bei Tag und bei Nacht; von unsrern Höhen konnte man das furchtbare Zerstörungswerk der Bomber jenseits des Bodensees beobachten. Abgesehen von einzelnen Bombenabwürfen und Flugzeugabstürzen im Alpsteingebiet und in einem Steinbruch bei Wienacht blieb unser Ländchen glücklich verschont. Ein Luftkampf über Herisau hätte gefährlich werden können. Das Unglück von Schaffhausen mahnte zum Aufsehen und zur Vorsicht; die

Luftschutzmassnahmen wurden verschärft, wertvolle Kultur- und Kunstgüter in öffentlichem Besitz, wie Glasgemälde, Bilder, Manuskripte usw. an sichere Orte gebracht und z. T. photographisch festgehalten für den Fall ihrer Vernichtung.

Obgleich die Lage der Schweiz im Verlauf des Jahres noch prekärer wurde, die Rohstoffvorräte noch mehr zusammenschrumpften, Produktion, Export und Import noch bedenklicher zurückgingen, und die Bevölkerung mehr und mehr auf die Versorgung aus eigenem Boden angewiesen war, durfte die Schweiz ihre schöne Mission, zu helfen und zu retten, in gesteigertem Masse ausüben und so einen kleinen Teil der Dankesschuld an die göttliche Vorsehung abtragen. Hatten ängstliche Gemüter anfänglich befürchtet, dass 10 000 Flüchtlinge für unsere Ernährungslage eine zu grosse Belastung bedeuteten, so wurden es deren über 100 000, die das Schweizer Volk ernährte und kleidete, ohne dass es deshalb Hunger leiden musste! Es wird Aufgabe der nächsten Jahreschronik sein, einmal zusammenzustellen, was in unserem Ländchen während der letzten Jahre und Monate für die unglücklichen Kriegsopfer getan worden ist.

Ein dunkles Kapitel in der Schweizergeschichte unserer Tage war die Häufung der Prozesse wegen Landesverrates. Leider traf einer dieser Prozesse auch einen Appenzeller, Robert Jean Klee von Heiden, der allerdings, im Ausland geboren, seiner Heimat schon längst entfremdet war. Er wurde in contumaciam zum Tode verurteilt und verlor das Schweizerbürgerrecht.

**Beziehungen
zum Bunde**

Ziemliche Wellen warf die eidgenössische Abstimmung über das Bundesgesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb. Trotzdem ein kantonales Aktionskomitee sehr energisch für das Gesetz eintrat, witterte der auf seine Unabhängigkeit so stolze Appenzeller in der Vorlage eine Art Polizeigesetz, und mit 5691 Nein gegen 3165 Ja stellte sich am 29. Oktober Ausserrhoden an die Spitze der verwerfenden Kantone. Das Hinterland verwarf mit 2661 gegen 1555, das Mittelland mit 1255 gegen 809, das Vorderland am stärksten mit 1775 gegen 801 Stimmen. Die Mehrheit des Schweizervolkes aber nahm mit 342 900 Ja gegen 304 900 Nein das Gesetz an.

Eines der schwierigsten und heikelsten Probleme des Finanzhaushaltes in Bund und Kantonen stellen die Subventionen und deren gerechte Verteilung dar. Da viele Bundes-

subventionen an entsprechende Beiträge der Kantone und Gemeinden gebunden sind, müssen vielfach ärmere Gemeinden auf subventionierte Bauten verzichten, da sie diese Beiträge nicht aufbringen können, und es ist unbestreitbar, dass die wirtschaftlich ohnehin schon begünstigten Städte und Städtekantone den Hauptanteil der Bundesgelder beziehen. In der Bundesversammlung setzten sich unsere Vertreter, Ständerat Ackermann und Nationalrat Keller, wieder tapfer für die Interessen der kleineren Kantone und ihres Heimatkantones speziell ein. Bei der Diskussion über die Erhöhung der Verrechnungssteuer beantragten sie die gleichzeitige Prüfung einer Änderung derselben, verbunden mit der Prüfung der Frage eines Finanzausgleiches unter den Kantonen. Die Räte schwächten das Postulat ab, indem sie eine Vereinfachung statt einer Änderung der Verrechnungssteuer beschlossen. Etwas peinlich berührt hat der Vorwurf von Bundesrat Nobs, die schwierige Lage unseres Kantons habe ihre Ursache in der «miserablen Steuerveranlagung». Daher kämen die übergrossen Steueransätze und der Mangel an Steuerehrlichkeit. Anderseits hat das eidgenössische Steuerrecht bereits schon tief in das kantonale eingegriffen (Selbsttaxation, Lohnausweis, amtliche Inventarisation bei Todesfällen, obligatorische Wertschriftenverzeichnisse, eidgenössische Steuerkommissäre), und das hat sich im erhöhten Steuerertrag des Kantons schon bedeutend ausgewirkt, so dass die Bedingung eines Finanzausgleiches: die volle Ausschöpfung der Steuerkraft des Kantons schon reichlich erfüllt sein dürfte. In der Folge hat dann der Bundesrat an die Kantonsregierungen ein Kreisschreiben gerichtet des Inhalts, dass die Aussichten in der Frage des Finanzausgleiches erheblich verbessert würden, wenn ausgeglichenere Steuerverhältnisse, verbunden mit einem genügenden Steuerveranlagungs- und Kontrollapparat eine zuverlässigere Beurteilung der Steuerkraft der Kantone möglich mache.

Am 4. November überreichte der Regierungsrat von Appenzell A. Rh. dem Bundesrat eine Eingabe, enthaltend die *Appenzell A. Rh. Standesbegehren*. In einlässlicher Weise werden hier die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unseres Kantons dargestellt und die Massnahmen gezeigt, die geeignet sind, einer verhängnisvollen Abwärtsentwicklung Einhalt zu gebieten: 1. Beförderliche Lösung des eidgenössischen Finanzausgleichs. 2. Bessere Berücksichtigung der

finanziell schwach situierten Kantone bei der Anteilsbemessung an eidg. Steuererträgnissen. 3. Herabsetzung der Beiträge an eidg. Sozialinstitute seitens der finanziell schwachen Kantone. 4. Deren Entlastung hinsichtlich ihrer Beiträge an eidg. Fürsorgeaktionen. 5. Zuwendung von Bundesmitteln zum Zwecke der Alters- und Hinterlassenenfürsorge. 6. Verbesserte wohnörtliche Armenunterstützung zwischen den Kantonen. 7. Erhöhung der Bundessubventionen speziell für Bauarbeiten und Arbeitsbeschaffungsmassnahmen unter Verwendung der Ansätze für Gebirgsgegenden. 8. Massnahmen zur Verbilligung des Bahnverkehrs. 9. Ergänzung des Strassenbauprogrammes zur Erschliessung des voralpinen Kurgebietes von Appenzell A. Rh. und Umgebung. 10. Massnahmen zur Wirtschaftsförderung. 11. Ausbau der Bergbauernhilfe. 12. Einräumung voller Standesrechte an die Halbkantone.

Beziehungen zu andern Kantonen Zwischen Appenzell A. Rh. und Appenzell I. Rh. wurde im Meliorationsgebiet Nauenried (zwischen Reute und Oberegg) die Kantongrenze auf die nach der Güterzusammenlegung entstandenen neuen Eigentumsgrenzen verlegt. Mit Ausnahme eines einzigen Grundstückes erfolgte ein vollständiger Flächenausgleich.

Kantonsrat Auch die Arbeit unserer gesetzgebenden Behörde war in hohem Grade durch die wirtschaftliche Lage des Kantons bestimmt. Die erste Sitzung des Jahres am 27. Januar befasste sich angesichts des im Budget vorgesehenen hohen Defizits von rund 1 160 000 Fr. mit der Einführung einer kantonalen Zusatzsteuer von 20 % zur Wehrsteuer. Man nahm die Wehrsteuer als Ausgangspunkt, weil sie eine gerechtere Verteilung der Lasten ermöglichte als das veraltete kantonale Steuergesetz von 1897. Erstmals sollte die Zusatzsteuer 1944, aber längstens bis 1946 erhoben werden. Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen. Zwei Landrechtsgesuche wurden bewilligt. Weiter stand auf der Traktandenliste das Geschäftsreglement für den Kantonsrat und eine Motion von Kantonsrat Engler betreffend den Finanzausgleich, die eine der grössten Sorgen unseres Kantons wieder einmal zur Sprache brachte. In den letzten 50 Jahren wurden rund 6 Millionen Fr. an finanziell ungünstig situierte Gemeinden ausbezahlt. 13 Gemeinden haben pro 1944 einen Gemeindesteuerfuss von mehr als 10 Promille. Es wird sich darum handeln, einmal den Aufwand für den einzelnen Bürger auf ein bestimmtes Mass herabzusetzen, und dadurch

die Finanzlage der Gemeinde zu aktivieren, anderseits den Steuerfuss so zu senken, dass der Kapitalflucht Einhalt geboten und der Zuzug neuen Kapitals ermöglicht wird. Mit einem Zusatzantrag von Dr. C. Meyer, wonach der Finanzausgleich wirksamer wird unter Anwendung der im Kanton Luzern angewandten Methoden (Zusammenlegung von Bürger- und Einwohnergemeinden, teilweise Übertragung der Fürsorge für auswärtige Kantonsbürger auf den Wohnort u. a.) wird die Motion angenommen, die eine kantonsrätliche Kommission zur Prüfung der Frage des Finanzausgleichs vorsieht. Eine Eingabe des kantonalen Gewerbeverbandes, des Verbands der Verkehrsvereine, des Verbands der Gasthaus- und Hotelbesitzer und des Wirtevereins wünschte die Erhöhung der Mitgliederzahl der Wirtschaftskommission von 11 auf 13, wobei zwei Sitze dem Gewerbe- und Verkehrsverband zufallen sollten. Sie wurde dem Büro zur weiteren Behandlung überwiesen.

Die zweite Sitzung vom 31. März leitete die Staatsrechnung in empfehlendem Sinne zur Annahme an die Landsgemeinde weiter; ebenso nach der zweiten Lesung die Zusatzsteuer zur eidg. Wehrsteuer; sie genehmigte ferner ein Landrechtsgesuch, die verschiedenen Rechenschaftsberichte, die Geschäftsordnung der Landsgemeinde, den 7. Vollmachtenbericht des Regierungsrates. Auch die beiden Vorlagen betreffend Ausbau der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule, die unserm Kanton das Obligatorium bringen, wurden unter Verzicht auf eine zweite Lesung genehmigt. Unbestritten blieb auch der Kantonsbeitrag an die Verbauung des Rotbaches in Gais und Bühler. Eine Motion von Dr. H. K. Sonderegger und Mitunterzeichner, die den Schutz des Landschaftsbildes und die Regelung der Wander- und Skiwege sich angelegen sein liess, wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Diese fand am 25. Mai als konstituierende Sitzung statt. Zum Präsidenten wurde Dr. Eugen Wiesmann in Teufen gewählt, zum Vizepräsidenten Kantonsrat Hermann Müller von Urnäsch. Nach der Vereidigung der neuernannten Amts- und Gerichtspersonen fanden die Wahlen der kantonsrätlichen Kommissionen statt sowie derjenigen Amtsleute und Angestellten, deren Wahl dem Kantonsrat zusteht. Das kantonsrätliche Büro beantragte dem Kantonsrat, in zustimmendem Sinne von der Zubilligung des Interpellationsrechtes an die Staatswirtschaftliche Kommission Kenntnis zu nehmen.

Der Präsident der Staatswirtschaftlichen Kommission, Kantonsrat Pulfer, stellte jedoch den Ordnungsantrag, das Geschäft auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben, da die Staatswirtschaftliche Kommission zu diesem Antrag noch nicht hätte Stellung nehmen können, was der Rat auch oppositionslos guthiess. Drei Landrechtsgesuche aus den Gemeinden Bühler, Wald und Teufen gingen unbestritten durch, ebenso drei vorgeschlagene Änderungen in der Verordnung für das Gesundheitswesen, die Führung des Doktortitels bei Ärzten, Vieh- und Zahnärzten betreffend. Die Weiher- und Beleuchtungskorporation Reute wurde als Körperschaft des öffentlichen Rechtes anerkannt. Die Motion von Dr. Sonderegger betreffend Schutz des Landschaftsbildes usw. musste angesichts gewisser rechtlicher Schwierigkeiten wegen Abwesenheit des Hauptmotionärs noch einmal verschoben werden. Die Überbeanspruchung unserer Krankenkassen infolge der Kriegsverhältnisse, grössere Krankheitsanfälligkeit, Teuerung usw. veranlasste die Motion von Kantonsrat Künzler und Mitunterzeichner: Der Kantonsrat beauftragt den Regierungsrat, Mittel und Wege zu suchen, zwecks Zuwendung eines jährlichen Beitrags an die Krankenkassen. Einmütig wurde diese Motion erheblich erklärt und fand in der Form Aufnahme, in der sie eingereicht wurde.

Reicher als die Traktandenliste der ausserordentlich kurzen, nur 1 Stunde und 40 Minuten dauernden Maisitzung war diejenige der Sitzung vom 29. November. Der Rat gab zunächst seine Zustimmung zu dem von der Regierung dem Bundesrat eingereichten Standesbegehren. Zur Behandlung standen die kantonalen Beitragsleistungen an die Krankenkassen. Um die Rückversicherungskasse angesichts des dauernd sich verschlechternden Geschäftsganges der öffentlichen Krankenkassen zu stärken, sollten in Zukunft die bis jetzt aus ihr bezahlten unerhältlichen Beiträge sowie die Stillgelder vom Staate direkt bezahlt werden, was eine staatliche Mehrausgabe von Fr. 11 601.50 bedingt. Die Motion Künzler, welche jährliche Beiträge an die Kassen verlangt, wäre demnach abzuschreiben. Beide Anträge wurden an eine kantonsrätliche Kommission überwiesen. Eine Teilrevision von Art. 28 des Gesetzes über Gebäudeversicherung will erreichen, dass künftig der Jahresüberschuss der Assekuranzkasse wieder ganz ihr zukommt, während bis Ende 1945 je ein Drittel der Elementarschadenkasse und der Altersversicherung zufallen. Dadurch soll erreicht werden,

dass der Assekuranzfonds von 5,5 Millionen auf 8—10 Millionen geäufnet werden kann. Andere Änderungen betreffen z. B. die Anpassung der Zusatzversicherung an eventuelle Schwankungen im Baukostenindex. Der Rat lud jedoch Assekuranzkommission und Regierungsrat ein, eine Totalrevision des Assekuranzgesetzes und des Gesetzes über die Elementarschadenversicherung auszuarbeiten, welcher Entwurf dann an die Landsgemeinde weitergeleitet würde. Auf ein vom kantonalen Gewerbeverband beantragtes Laden schlussgesetz und ein Gesetz über die staatliche Beitrag leistung an Neu- und Umbauten von Fabrikgebäuden trat der Rat nicht ein. Die Motion Buff betr. Subventionierung von Feuerungsanlagen konnte abgeschrieben werden, da durch die bereits bezahlten Staatsbeiträge eine weitgehende Sanierung erreicht worden ist. Eine Motion Iselin, die bundesrä tlichen Massnahmen gegen die Wohnungsnot in der Gemeinde Herisau seien auf das ganze Kantonsgebiet anzuwenden, wurde abgewiesen. Genehmigt wurde das Budget für 1945, das ein Defizit von Fr. 886 674.30 (Fr. 272 226.80 weniger als im vergangenen Jahr) vorsah. Staatsbeiträge von 20 % erhielten die Krankenhäuser von Herisau und Trogen für Renovationsarbeiten, die Verteilung der Primarschulsubven tion im Betrage von 57 735 Fr. fand Billigung. Genehmigt wurde auch die Volksinitiative, die eine Revision von Artikel 22,5 der Kantonsverfassung vorsieht, wonach die Demissionsfrist von Behördemitgliedern auf vier Wochen verlängert werden sollte. Die Initiative war vom Vorstand der Fort schrittlichen Bürgerpartei Trogen lanciert und von 317 Stimm berechtigten unterzeichnet worden. Ferner hiess der Rat den Beitritt des Kantons zum interkantonalen Konkordat über den Waffenhandel gut und stimmte einem Zwischen bericht über die der Finanzdirektion übertragene Arbeit einer Revision des Steuergesetzes zu. Das neue Steuergesetz soll der Landsgemeinde 1946 vorgelegt werden und mit dem 1. Januar 1947 in Kraft treten.

Die Landsgemeinde in Trogen am 30. April 1944 war von etwa 6000 Stimm berechtigten besucht. Das Wetter hielt sich ordentlich. Als Gäste der Regierung waren Bundespräsi dent Stampfli und Nationalratspräsident Gysler anwesend. In seiner Rede wies Landammann A. Hofstetter auf die gegenwärtigen Gefahren und Schwierigkeiten unseres Landes hin, auf die ausserordentliche finanzielle Beanspruchung des Bun des und der Kantone, auf die Frage der Arbeitsbeschaffung,

Lands-
gemeinde

der Alters- und Hinterbliebenenfürsorge, auf den Finanzausgleich innerhalb der Eidgenossenschaft, zwischen Stadt und Land, innerhalb des Kantons, auf den steigenden Ausgabenüberschuss der Staatsrechnung. Der Regierungsrat habe in 9 Fällen von seinen ausserordentlichen Vollmachten Gebrauch gemacht.

Die Staatsrechnung wurde mit einzelnen Gegenstimmen genehmigt, sämtliche Regierungsräte mit A. Hofstetter als Landammann, ebenso sämtliche Mitglieder des Obergerichtes mit E. Enderlin als Präsidenten und der Landweibel H. Rohner wurden bestätigt. Die kantonale Zusatzsteuer von 20 % der Wehrsteuer fand eine grosse annehmende Mehrheit.

Staatsverwaltung Regierungsrat und Kantonskanzlei waren durch die kriegsbedingten, zusätzlichen Aufgaben wiederum ausserordentlich belastet, und es ist leider nicht zu hoffen, dass nach Kriegsende sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit einigermassen normalisieren werden. Keine leichte Aufgabe ist die Behandlung der vielen Subventionsgesuche für Umbau-, Reparatur-, Renovations- und andere Bauaufgaben, für Meliorationen und Sanierungen. An finanziell ungünstig situierte Gemeinden wurden folgende Staatsbeiträge ausgerichtet: Urnäsch Fr. 42 509.85, Schwellbrunn Fr. 28 126.25, Schönengrund Fr. 7295.90, Rehetobel Fr. 48 119.45, Wald Fr. 24 786.15, Grub Fr. 9194.—, Reute Fr. 14 530.—, zusammen Fr. 192 543.90. Aus dem Anteil am Reinertrag der Eidg. Alkoholverwaltung pro 1942/43 im Betrage von Franken 50 438.10 gelangte der 10. Teil, sowie ein Zuschuss aus dem Anteil des Kantons am Lotteriegewinn der Interkantonalen Lotterie, im ganzen 8800 Fr. zur Verteilung an wohltätige Institutionen.

Die Staatsrechnung von 1944 schloss bei 6 682 778 Fr. Einnahmen und 7 103 916 Fr. Ausgaben mit einem Ausgabenüberschuss von 421 137 Fr. ab. Veranschlagt war ein Defizit von 1 158 901 Fr., so dass sich die Rechnung um 737 763 Franken günstiger stellte, als vorgesehen war. Zu diesem befriedigenden Ergebnis haben die direkten Steuern durch Mehreinnahmen gegenüber dem Budget wie folgt beigetragen: Landessteuer 431 414 Fr., Erbschaftssteuern 74 451 Fr., eidg. Wehrsteuer 42 089 Fr. Die erstmals erhobene kantonale Zusatzsteuer ergab 176 324 Fr. Die Wenigerausgaben gegenüber dem Budget betrugen 249 852 Fr. Das Verwaltungsvermögen des Staates ist wiederum mit 700 000 Fr. ausgewiesen, das Finanzvermögen mit Guthaben an den zu

amortisierenden Aufwendungen mit 1 077 034 Fr. und das wirkliche Reinvermögen mit 35 157 Fr. (Verminderung 362 628 Fr.), total 1 812 192 Fr. (1 808 692 Fr.).

Die Separatfonds zu bestimmten Zwecken wiesen für 1944 einen Vermögenszuwachs von 12 861 Fr. auf 1 028 529 Franken auf. Das Gesamtvermögen der Spezialrechnungen (Fonds, Arbeitslosenkasse, Staatliche Altersversicherung, Lehrerpensionskasse, Elementarschadenkasse usw.) ist um 498 593 Fr. angewachsen und beträgt nun 22 313 263 Fr. (Zunahme 1943: 538 007 Fr.).

Der Steuerrodel für 1944 weist an steuerbarem Vermögen ^{Steuerwesen} 239 736 800 Fr. auf (1943: 225 110 100 Fr.), an Einkommen 39 467 200 Fr. (1943: 34 477 400 Fr.). Für die Einschätzung wurde der Vermögensstand vom 1. Januar 1943 zugrunde gelegt, für das Einkommen der Erwerb von 1941 bis 1942. Das wird sich auch für das Jahr 1945 hinüberziehen. Das Einkommen von 1943 und 44 ist mit der Wehrsteuer der III. Periode zu deklarieren und findet bei der kantonalen Steuerrevision für 1946 Verwertung.

Am 1. Januar waren 15 459 Gebäude versichert, zwölf ^{Assekuranz-} mehr als im Vorjahr. Die Gesamtversicherungssumme, ein- ^{wesen} geschlossen der Bauwertzusatz, betrug 399 224 900 Fr., 2 216 900 Fr. mehr als 1943. Mit dem 1. Januar trat ein neues Regulativ betr. freiwillige Teuerungszusatzversicherung für Brand- und Elementarschäden in Kraft, das die Zusatzquote von 30 auf 40 % erhöht, dagegen erfuhr das Sicherheitsventil der Rückversicherung eine Prämienreduktion von 0,74 auf 0,35 %. Der Assekuranzfonds hat eine Höhe von 5 536 567 Fr. Die Betriebsrechnung buchte bei günstigem Brandschadenverlauf einen Vorschlag von 154 345 Fr., wo- von je ein Drittel an die Elementarschadenkasse und die staatliche Altersversicherung abgegeben wurden. Der Schweizerische Fonds für Neutralitätsverletzungsschäden erhielt einen Beitrag von 35 371 Fr. Die Mobiliarversicherung verzeichnet einen Zuwachs der Policenzahl um 557 auf 18 973, des Versicherungskapitals um mehr als 20 000 Fr. auf 307 276 663 Fr. Der Beitrag an das Feuerlöschwesen erhöhte sich um rund 1000 Fr. auf 15 391 Fr.

Die Elementarschadenkasse zahlte in Schadensfällen 17 474 Fr., fast 10 600 Fr. mehr als letztes Jahr aus. Bei einem Vorschlag von 151 103 Fr. wuchs das Vermögen auf 1 520 067 Fr. an.

Der Umsatz der Kantonalbank erfuhr eine leichte Ver-
minderung von 381 496 810 Fr. auf 372 214 073 Fr. Dem-
entsprechend war der Reingewinn von 622 471 Fr. um fast
13 000 Fr. geringer als im Vorjahr. Davon wurden 240 000
Franken für die Verzinsung des Dotationskapitals von acht
Millionen benötigt, vom Restbetrag wurden 114 741 Fr. der
Reserve zugewiesen und 267 730 Fr. (1943: 276766 Fr.) der
Landeskasse.

Die Staatliche Altersversicherung untersteht seit dem
Beginn des Amtsjahres 1943/44 nicht mehr der Volkswirt-
schafts-, sondern der Finanzdirektion. Aus der Bundes-
subvention zur Unterstützung armer Greise, Witwen und
Waisen wurden bisher 70 000 Fr. (früher 50 000 Fr.) der
kantonalen Altersversicherung zugeführt. Auf eine Eingabe
des kantonalen Gewerkschaftskartells beschloss der Regie-
rungsrat, der Kasse 1944 nur noch 35 000 Fr. und 1945 nur
noch 20 000 Fr. zuzuführen. Da inskünftig auch der Anteil
an den Überschüssen der Assekuranzkasse dahinfällt, wird
die Altersversicherung schwer beeinträchtigt, zumal die Über-
alterung ein ständiges Anwachsen der Rentenbezüger bedingt.
Der Vermögensvorschlag von 214 192 Fr. ist um mehr als
60 000 Fr. geringer als noch 1942.

Die kantonale Arbeitslosenversicherungskasse zahlte an
Unterstützungen 157 631 Fr. aus und ihr Vermögensstand
erlitt einen Rückschlag von 3935 Fr., so dass er noch 143 996
Franken beträgt. Dagegen erzielte die Versicherungskasse
für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Kantons in
ihren verschiedenen Abteilungen: Versicherungskasse, Ver-
sicherung von Gemeindeangestellten und Sparkasse, Vor-
schläge, so dass der Gesamtvermögensbestand am Ende des
Jahres 713 691 Fr. betrug.

Die Lehrerpensionskasse zahlte an Pensionen 135 503
Franken aus, wozu noch Teuerungszulagen im Betrage von
14 435 Fr. kamen. Bei einem Vorschlag von 18 801 Fr.
erhöhte sich der Vermögensbestand auf 1 930 614 Fr.

Die Pensionskasse der Kantonsschule wies einen Ver-
mögensvorschlag von 5 152 Fr. auf und richtete 4 Pensionen
im Gesamtbetrag von 5800 Fr. aus. Das Vermögen beträgt
169 023 Fr., wozu der Reservefonds in der Höhe von 64 563
Franken kommt.

Von der Justizdirektion wurden im Amtsjahr 1943/44
394 Prozeduren protokolliert, 48 weniger als im Vorjahr.
Alle Gerichte verzeichneten einen Rückgang der Zivilprozesse

und Strafklagen mit Ausnahme des Gesamtobergerichtes, das einen Zivilprozess mehr als im Vorjahr hatte. Auch im Verhöramt, wo die Aufräumungsarbeiten beendet wurden, ist eine Entlastung eingetreten, da viele Fälle dem Militärstrafrecht anheimfielen. Dagegen hatte sich die Zahl der Pensionäre im Untersuchungsgefängnis Trogen etwas gehoben. Viele Arbeit bekam die Fremdenpolizei, besonders als der Flüchtlingsstrom aus Italien einsetzte. Von 114 Einreise gesuchen von Ausländern wurden 99 bewilligt. Im ganzen wurden an 795 Ausländer Aufenthalts- und Toleranzbewilligungen erteilt. Flüchtlingskinder fanden im israelitischen Kinderheim Wartheim und durch die Vermittlung des Roten Kreuzes im Waisenhaus Speicher, einige vorübergehend auch im Sozialheim «Sunneblick» in Walzenhausen Unterkunft und Pflege. Ende April 1944 waren 264 Flüchtlinge, 165 mehr als im Vorjahr im Kanton, 111 waren toleriert, 153 interniert.

In der Zwangsarbeitsanstalt Gmünden waren 1943 durchschnittlich 42 Insassen, die meisten zwischen 20 und 30 Jahre alt. An heilsamer Arbeit fehlte es während der 16 466 Verbüßungstage nicht, sei es in Feld und Wald, Haus- und Werkstattarbeiten, Dütenkleben, Handweben, Kiesgewinnung usw.

Auch bei den Vermittlerämtern wurden mit insgesamt 286 Streitsachen 87 Fälle weniger als im Vorjahr vorgebracht. 247 wurden behandelt und bei 106 gelang die Vermittlung. Die Zahl der Betreibungen ist im ganzen immer noch rückläufig, erfreulicherweise auch die der Viehverschreibungen.

Die in die unmittelbare Nähe der Schweiz gerückten Kriegshandlungen machten stärkere Truppenaufgebote notwendig. Dass Disziplin und Moral der Truppen auch im sechsten Kriegsjahr ausgezeichnet blieben, darf mit Genugtuung hervorgehoben werden. Auf dem Waffenplatz Herisau fing die Rekrutenschule I/7 am 7. Februar an und dauerte bis zum 3. Juni. Die starke Besetzung mit je einer Kompanie Füsiliere-, Mitrailleur- und Kanonierrekruten war nur möglich dank der Erstellung des Militärkrankenhauses mit 50 Betten. Von den übrigen 4 Kompanien waren zwei in St. Gallen, je eine in Speicher und Altstätten stationiert. Die Infanterierekrutenschule II/7 dauerte vom 3. Juli bis 28. Oktober.

Bei den Turnprüfungen standen die Stellungspflichtigen des Kantons in den vorderen Rängen; immerhin konnten 26,2 Prozent die turnerische Leistungsprüfung nicht erfüllen. Für sie wurde im Oktober der obligatorische Nachhilfekurs in

Herisau durchgeführt, zu dem 57 Ausserrhoder und 45 Innerrhoder aufgeboten wurden. Nach der ersten Kurswoche hatten 61 die Anforderungen erfüllt, nach der zweiten Woche weitere 20.

Die appenzellische Offiziersgesellschaft hielt am 26. März 1944 in Appenzell ihre Jahresversammlung ab, an der Oberstbrigadier Eugster über die militärische und rechtliche Bedeutung der Dienstunfälle sprach.

Der Luftkrieg bringt es mit sich, dass die Zivilbevölkerung im Hinterland ebenso gefährdet ist wie der Soldat an der Front, und deshalb besondere Instruktionen braucht. So fanden in den luftschutzwichtigen Gemeinden kriegsmässige Alarmübungen statt, wurden Sanitätsposten eingerichtet, Vorrichtungen gegen Splitterschutz getroffen, Erkennungsmarken an Kinder verteilt.

**Volks-
wirtschaft** Die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons beschäftigte mehr als je alle Kreise und Schichten unseres Volkes. Es darf als ein Aktivposten unserer «schlechten» Zeit gebucht werden, dass der Einzelne mehr und mehr seinen eigenen Tätigkeitsbereich nicht mehr bloss vom Standpunkt seines persönlichen Gewinnes allein betrachtet, wie zur Zeit eines unbeschränkten Liberalismus, sondern im Zusammenhang der Volkswirtschaft. Das wirtschaftliche und soziale Solidaritätsgefühl ist bei vielen entschieden im Wachsen begriffen angesichts der drohenden Zerfallserscheinungen. Das schon erwähnte Appenzell A. Rh. Standesbegehren ist Resultat und Zusammenfassung der in ungezählten Diskussionen erörterten Massnahmen zu deren Behebung. Die kantonale Wirtschaftskommission richtete an die Öffentlichkeit fünf Fragen zur Beantwortung, welche die Ursachen der wirtschaftlichen Lethargie und deren Abhilfe, die Einführung weiterer Industrien, die Nennung von Personen, die für eine Neubelebung in Betracht kommen, als Gegenstand hatten. Die Antworten lauteten recht verschieden. Als Ursachen wurden angegeben: Niedergang der Stickerei und Plattstichweberei, Landflucht, Druck auf das Gewerbe, Fehlen einer landwirtschaftlichen Schule, Mangel an Betrieb, der für Fremde Anziehungskraft besäße, ungenügende Steuer- und Armengesetzgebung, teilweiser Mangel an Privatiniziativen, an Fabrikgebäulichkeiten, schlechte Verkehrerverhältnisse. Noch mehr gingen die Meinungen in bezug auf die Abhilfe auseinander: Erhaltung und Umstellung bestehender Betriebe sei besser als Einführung neuer, Verkaufs- und

Auskunftsorganisation, Förderung der Heimarbeit in Verbindung mit Selbständigkeit und Fleiss sei die beste Arbeitsbeschaffung, Herstellung hochwertiger Produkte, Hebung gewisser Zweige der Landwirtschaft und deren Entschuldung. Natürlich standen auch öffentliche Kredite und Subventionen im Vordergrund, und erfreulicherweise wurde immer wieder der Wert der Persönlichkeit, ihrer Tüchtigkeit, Initiative und Werbekraft betont. Die Beschaffung der geeigneten Arbeitskräfte ist eines der schwersten Probleme. In der Wirtschaftskommission wurde auch der Zusammenhang zwischen Eheschliessung und Geburtenzahl mit der wirtschaftlichen Lage und dem Beschäftigungsgrad nachgewiesen und dass in dieser Hinsicht heute unser Kanton statt an der Seite der gesunden Landkantone an derjenigen der serbelnden Städte steht. Auch ausserhalb des Kantons betrachtet man diesen als höchst krisengefährdet. Das Gewerkschaftskartell beider Rhothen drängte auf Arbeitsbeschaffung durch Ausführung baureifer, subventionsberechtigter Arbeiten, eingeschlossen Hochbauten. Während linksgerichtete Kreise in Kollektivwirtschaft und weitgehender Verstaatlichung das einzige Mittel zur Überwindung wirtschaftlicher Krisen ansehen, warnen andere vor der zunehmenden Verstaatlichung und sehen in Vereinbarungen innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige die Rettung. So sucht man einen Mittelweg zwischen der Macht-herrschaft Einzelner und der staatlichen Intervention. Das «Friedensabkommen» in der Metallindustrie erscheint als Vorbild für die Meisterung sozialer und ökonomischer Probleme. Die Arbeitslosenstatistik zeigte wiederum das gewohnte Bild. Die Zahl der Ganzarbeitslosen war am stärksten — über 200 — in den Monaten Januar und März, erreichte ihr Minimum im Juni — 27 —, um gegen den Winter wieder anzusteigen; die 2—8 mal grössere Zahl der teilweise Arbeitslosen zeigt ein ähnliches Bild.

Die Appenzell A. Rh. Bürgschaftsgenossenschaft behandelte 107 Gesuche in einer Kredithöhe von 486 800 Fr., ganz bewilligt wurden davon 80, teilweise 17, abgewiesen 10. Mit unbedeutenden Ausnahmen erfolgten die vereinbarten Abzahlungen pünktlich. Das Genossenschaftskapital betrug 605 767 Fr., der Jahresüberschuss 18 231 Fr.

Die Zukunft unserer Wirtschaft hängt wesentlich vom tüchtigen Nachwuchs ab. Nicht umsonst geben Bund und Kanton hohe Summen für das gewerbliche und kaufmännische Bildungswesen aus. So zahlte der Bund an die gewerblichen

Berufsschulen 7673 Fr., der Kanton 8611 Fr. Für die kaufmännischen Berufsschulen stellen sich die Summen auf 1438 Franken und 6500 Fr., für die hauswirtschaftlichen Schulen auf 15 687 Fr. und 9872 Fr., zusammen 49 781 Fr. Bei den Lehrlingsprüfungen genügten 100 Kandidaten (78 Lehrlinge und 22 Töchter) den Anforderungen mit der Durchschnittsnote 1,6. 80 der Prüflinge stammten aus Ausserrhoden, 20 aus Innerrhoden.

Der Staatsbeitrag an allgemeine und landwirtschaftliche Fortbildungsschulen machte 4283 Fr. aus. Neben der Berufsberatungsstelle für Jünglinge erweist sich die Berufsberatungsstelle für Mädchen als immer unentbehrlicher. Sie schloss 29 Lehrverträge und vermittelte 25 Welschlandstellen. Persönliche Besuche der Berufsberaterin sind unumgänglich; besonders zeitraubend ist die Placierung von Hausangestellten. Bei Unschlüssigkeit wird meist eine Haushaltlehre als Übergang empfohlen. Die Arbeitsgemeinschaft für den Hausdienst veranstaltete im Oktober auf Benzenrüti, oberhalb Heiden, einen Lehrmeisterinnenkurs, der von 20 Frauen aus allen Kantonen besucht wurde.

**Witterung
und
Landwirt-
schaft**

Mit recht unbeständigem Wetter fing das Jahr an, Regen, Schneefälle, frühlinghafte Temperaturen wechselten ab mit Kälteeinbrüchen. Mit dem Februar setzte richtiges Winterwetter ein mit starken Schneefällen, so dass Mitte des Monats die Schneedecke 70—80 cm mass, in höheren Lagen bis 1 m. Noch an Ostern lag an den Nordhalden viel Schnee. War der April ordentlich, so erfolgten Ende des Monats und im Mai Kälterückfälle, und bis in den Juni hinein blieb die Witterung unfreundlich und kühl. Der Juni brachte einige schwere Gewitter mit zeitweisem Hagel und einem Wolkenbruch, der Schaden anrichtete. Einem etwas unfreundlichen Juli folgte ein warmer wächsiger August, der das Getreide prächtig ausreifen liess, und auch der September liess sich trotz regnerischem und trübem Anfang gut an. Weniger günstig war der Oktober; immerhin konnte eine gute Ernte eingebracht werden. Dafür verhinderte ein früher Winter, der mit dem Monatsende und mit dem November seinen Einzug hielt, die Erledigung vieler notwendiger Herbstarbeiten in Feld und Garten, anhaltende Regenfälle bewirkten Erdrutschungen und Überschwemmungen, erst um die Monatsmitte kamen mit dem Südwind einige warme Tage, denen bald wieder regnerische und kühle folgten. Auch die erste Hälfte des Dezember war wenig angenehm, die zweite Hälfte

neblig und kalt ohne Niederschläge bis zum letzten Jahres-
tag, der Schnee brachte.

Die kriegerischen Ereignisse an unserer West- und Südgrenze wie die trostlose Zerstörung der Zufahrtswege, Häfen und Transportmittel jenseits unserer Grenze gaben uns deutlich zu verstehen, dass wir mit Selbstversorgung und Mehranbau nicht nachlassen durften. Wo nur kleine Flächen zur Verfügung stehen wie bei uns, ist eine umso intensivere Ausnützung, soweit Klima und Boden es gestatten, geboten, anderseits ist es auch schwieriger, das richtige Verhältnis der verschiedenen Produktionszweige zu einander zu finden, so zwischen Acker- und Wiesland, zwischen Viehzucht zur Fleischverwertung oder zur Aufzucht und Milcherzeugung. Die Voraussetzungen zu rationellem landwirtschaftlichem Betrieb, die Anforderungen an den Bauer sind grösser als zu Grossvaters Zeiten und der Ruf nach einer kantonalen landwirtschaftlichen Schule wohl verständlich. Die Hauptgrundlage unserer bäuerlichen Existenzen ist der prächtige, für das Auge so wohltuende und mustergültig gepflegte Naturwiesenteppich mit seinem regelmässigen Wechsel von Weide und Schnitt. Er erfordert zu seiner Ergänzung den Kunstwiesenbau, während der Ackerfutterbau in unseren Verhältnissen nur in beschränktem Masse durchführbar ist. Der Mangel an Kraftfutter, aber auch überstandenes Heu machte sich vielerorts im Rückgang des Fettgehaltes der Milch bemerkbar. Umso mehr muss darauf Bedacht genommen werden, dass vom Nährstoffgehalt des Heus möglichst wenig verloren geht. Bei der üblichen Trocknungsart ist der Verlust bei guter Ernte 40 %, bei schlechter 50 %, bei der Silierung dagegen bloss 5 %. Von dem dem Kanton zugeteilten Silokontingent ist erst ein Fünftel verwirklicht worden; die Subventionierung des Silobaus mit 10—15 % wurde durchwegs als ungenügend empfunden. Verbunden mit besseren Trocknungsmethoden wird die Silierung verhindern, dass durch die Anbaupflicht der Viehbestand herabgesetzt werden muss. Die Heuernte war mengenmässig besser als nach den sonnenarmen Junitagen zu erwarten war, doch liess sie qualitativ zu wünschen übrig; besser war das Emd.

Der Nutzviehbestand war nach der Zählung im April folgender: Rindvieh 21 211 (19 850), Pferde 376 (378), Schweine 11 682 (13 066), Schafe 1574 (1619), Ziegen 1264 (1225). Die Preise bewegten sich für die Kühe und Rinder je nach Qualität zwischen 1300 und 2000 Fr., für

Ochsen zwischen 900 und 1100 Fr. Der lobenswerte Ehrgeiz unserer Züchter geht dahin, in der Schweizer Braunviehzucht stets an der Spitze zu marschieren. Die Zahl der zuchtfähigen Stiere sollte auf 400 erhöht werden können. Jeder Bauer, der züchten will, wurde angehalten, in eine Genossenschaft einzutreten, da ab 1. Januar 1945 kein Stier ohne Metallmarke mehr zur Zucht anerkannt wird. Wichtig ist dabei die Abstammung von einer guten Milchkuh, denn die Milchleistung ist für die Zukunft von grosser Bedeutung, da ja unser Land für kräftige, fettreiche Milch berühmt ist. Die organisatorischen Bestrebungen des st. gallisch-appenzellischen Milchverbandes wirken sich nicht nur für die Produzenten wirtschaftlich günstig aus, sondern haben ihren Einfluss auch auf die Qualitätshebung. In engem Zusammenhang damit steht die appenzellische Käseproduktion, bei der man auch eine Förderung erwartet durch die dem Milchverband angeschlossene Geschäftsstelle für Appenzellerkäse. Schon 1360 bezog der Abt von St. Gallen aus dem Appenzellerland 2000 Käse, über deren Grösse und Gewicht wir allerdings nicht genau orientiert sind. Da berührt es uns allerdings eigentümlich, dass heute trotz merklicher Qualitätsverbesserung nur 18 % rässer und 23 % fetter Appenzellerkäse im Ursprungslande selbst produziert werden, die übrigen fast 60 % im Unterland. Viele Milchproduzenten wollen sich nicht herbeilassen, ihre Milch regelmässig in die Käsereien abzuliefern und behalten sie beim Ansteigen der Kälberpreise lieber zurück. Auch da versucht die kantonale Kommission für Milchwirtschaft grössere Einheitlichkeit durch Zusammenschluss der Produzenten herbeizuführen. Die Ostschweizerische Land- und Milchwirtschaftliche Ausstellung in St. Gallen (OLMA) stand 1944 im Zeichen der Milchwirtschaft und machte geschickt Propaganda für unsern Käse. Sie soll in den nächsten Jahren zu einer eigentlichen landwirtschaftlichen Mustermesse ausgebaut und erweitert werden und dürfte nicht unwesentlich zur Hebung unserer Landwirtschaft beitragen. Der Verband appenzellischer Schweinezüchter, 12 Genossenschaften mit 700 Zuchtbuchtieren umfassend, klagt über schlechte Rentabilität der Schweinezucht, die doch eine wertvolle Ergänzung der Milchwirtschaft sein sollte. Vor dem gefürchteten Stallfeind, der Maul- und Klauenseuche, blieb der Viehstand verschont. Bei den Schweinen trat vereinzelt der Rotauf auf. Zur Bekämpfung der Dasselfliege wurden kantonale Vorschriften erlassen. Die Bienenvölker litten unter einer

Milbenseuche, gegen welche die angewandten Mittel sich nicht durchwegs als wirksam erwiesen, weshalb sich ein Züchter damit tröstete: Ohne Behandlung wären seine Völker auch gestorben. Dass die Zuckerrationierung auch nicht gerade zur Bienenzucht ermunterte, trotz der vorzüglichen Qualität unseres Berghonigs, ist begreiflich.

Die anbaupflichtige Fläche hat sich von 760 ha im Jahre 1942 auf 1071 im Jahre 1944 erweitert; doch wurde auch dieses Jahr das Mass um fast 13 ha überschritten, ein Beweis, dass unsere Bevölkerung die Notwendigkeit des Mehranbaus voll erkannt hat, wobei der Gesichtspunkt der Rentabilität ganz hinter dem des Volkswohles zurücktritt. Mitten in einem hungernden Europa haben wir Schweizer immer noch genügend zu essen. Es ist vorauszusehen, dass der Ackerbau auch bei uns zurückgehen wird, sobald wieder einmal genügend Einfuhr da ist, was allerdings noch Jahre dauern dürfte. Klima, Bodenbeschaffenheit und die starke Parzellierung sind für einen rentablen Anbau im Grossen nicht günstig, doch ist zu hoffen, dass unser Appenzeller Bauer, wie in früheren Zeiten, so weit als möglich Selbstversorger in Feldfrüchten bleibe. Angebaut wurden 562,5 ha Getreide, 350,2 ha Knollen- und Wurzelgewächse, 80,94 ha Gemüse, 3,88 ha übrige Feldgewächse, 95,37 ha von Kleinpflanzern. Für die 3. Etappe der Meliorationen kamen 51 Projekte in Betracht mit 79,35 ha und einem Kostenbetrag von 344 500 Fr. Der Regierungsrat bewilligte dazu einen Extrakredit von 90 000 Fr. durch Vollmachtenbeschluss. Das Getreide konnte im warmen Spätsommer gut ausreifen. Schön standen auch die Kartoffelfelder. Dem Kartoffelkäfer, der in 12 Gemeinden in 40 Herden festgestellt wurde, rückte man erfolgreich auf den Leib. Das Anbauwerk des Verbandes der Ostschweizerischen Konsumvereine auf der Hohen Buche lieferte den Beweis, dass in Höhen über 1000 m ein vorzügliches, wenig krankheitsanfälliges Saatgut gedeiht. Die Industrie-Anbau-Genossenschaft leistete auf weniger wertvollem, aber meliorationsfähigem Boden Pionierarbeit. Jedes Mitglied musste von den Kosten pro Are Fr. 10.15 übernehmen. Die Zentralstelle für den Flachsbau führte in Herisau, Bühler und Heiden Anbau-, Pflege-, Ernte- und Röstkurse durch und förderte damit einen wertvollen Teil der ländlichen Selbstversorgung. Die Obsternte war ungleich, zu wenig Tafeläpfel und zu viel Mostbirnen, etwa 7000 Wagen zu viel, so dass man wegen

der Verarbeitung in Verlegenheit geriet und froh war, dass die eidg. Alkoholverwaltung Birnensaft übernahm. Die Wein ernte hielt sich in den bescheidenen Grenzen, die die Natur dem Weinbau in unserer Gegend zugewiesen hat.

Der Ertrag der Gemüseernte war mittelmässig. Im Kanton bestehen 39 Kontrollbetriebe, die sich verpflichtet haben, einwandfreies Saatgut bereit zu stellen. Es wurden 2 696 500 unpikierte und 983 100 pikierte Setzlinge abgegeben. Mag auch da und dort der Eifer bei vielen Kleinpflanzern gegenüber den ersten Kriegsjahren etwas nachgelassen haben, so darf ihr Beitrag zu unserer Ernährung nicht unterschätzt werden und wird auch in den nächsten Jahren noch bitter nötig sein. Durch Kurse, Flurbegehungen und zirkulierende Zeitschriften suchten die Vereinigungen der Gartenfreunde ihre 879 Mitglieder für ihre Aufgabe weiter zu bilden.

Jagd und Fischerei Die Jagd verzeichnete eine Abnahme der Abschusszahlen, die auf eine Verminderung des Wildbestandes zurückzuführen ist. Im Banngebiet ging der Wildstand wegen der militärischen Schiessübungen zurück. In den Gewässern setzten die Fischer 1943 38 500 Sömmerringe und 7186 Stück Jährlinge aus.

Gewerbe «Bodenarbeit, Unternehmertum und gewerbliche Arbeit» sind nach dem Arbeitsprogramm des kantonalen Gewerbeverbandes das Dreigestirn der appenzellischen Volkswirtschaft. In diesen drei Gruppen liegen die schöpferischen Kräfte, ihre Zusammenarbeit bewirkt Wohlstand und Zufriedenheit. Dieses Ziel wird wahrhaft indessen nur erreicht, wenn keine dieser drei Gruppen sich eigenwillig und eigen-nützig aus dem wirtschaftlichen Ganzen herauslöst. Wohl herrschen bei uns die kleinen und mittleren Betriebe mit bescheidenem ökonomischen Volumen vor, eine bunte Vielheit, wo neben dem zünftischen Handwerk der Berggewerbeiter und der Kleinunternehmer steht; das schliesst indessen den Zusammenschluss der Interessengruppen mit dem Prinzip der Rationalisierung und der Qualitätsförderung nicht aus. Unser Gewerbe ist stark abhängig von der bevölkerungspolitischen und geographischen Lage. Die enge Verbundenheit mit Land und Volk, die übersichtlichen Verhältnisse, der ausgesprochene Sinn für Qualitätsarbeit bilden günstige Voraussetzungen für unser Gewerbe, sobald einmal die im Laufe des Jahres sich immer noch verschärfende Rohstoffknappheit und die damit verbundene Kontingentierung behoben sind. Der Gewerbeverband hatte mit seinen Bemü-

hungen um ein kantonales Ladenschlussgesetz beim Kantonsrat keinen Erfolg. Auch der Antrag, in die Umbau- und Reparaturaktion eine sogenannte Werkstattaktion für das Gewerbe einzubauen, fand wegen der Beschränkung der Subventionshöhe nicht die volle Verwirklichung. Ein Postulat verlangte die Erhöhung der Subventionen für baukulturelle Arbeiten, wobei der Heimatschutz zur Mithilfe sich bereit erklärte. Eine Eingabe wünschte die Reduktion der Wirtschaften unter Erhöhung der Ablösungssumme. Der Verband beteiligte sich an der 2. Arbeitswoche für Gewerbekultur vom 21. bis 27. Mai in Unterwasser. Der Appenzellertag am 25. Mai stand unter dem Motto: Selbsthilfe und Gemeinschaftsbestrebungen.

Die Buchdruckerei Schläpfer & Co., die Verlegerin der «Appenzeller Zeitung», in Herisau konnte das Jubiläum ihres hundertjährigen Bestehens feiern, bei welcher Gelegenheit eine schön ausgestattete Festnummer erschien. In erfreulicher Weise mehrt sich die Zahl junger strebsamer Handwerker, die die eidg. Meisterprüfung bestehen; zwei erlangten in Genf besondere Auszeichnung, der Goldschmied Max Bruggmann und der Konditor Rob. Hafner.

Viele Schwierigkeiten bietet die Sanierung von Hotels und Kurorten, da in kaum einem andern Wirtschaftszweig so lange Zeit planlos und nach rein spekulativen Gesichtspunkten gebaut worden ist. Die Propaganda, die der Verband appenzellischer Verkehrsvereine seit mehreren Jahren unternommen hat, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Der Fremdenverkehr des Jahres hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Die Zahl der Ankünfte betrug 22 166, die der Logiernächte 171 156, wovon rund ein Viertel auf den Monat August fällt. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1943 eine Zunahme der Gäste um 1119 oder 5,29 %, der Logiernächte um 22 427 oder 15,16 %. Keine einzige Gemeinde blieb ohne Kurgäste, zu denen noch 50 Ferienkolonien kamen. Vielfach war es schwierig, Unterkunft zu bekommen. Auch die Wirtschaftskommission nimmt sich sehr der Förderung des Kurwesens an. Die heilklimatischen Vorzüge unseres Berglandes sollten noch besser studiert werden, ebenso die Verwertung der Milch, und warum nicht auch der Molken zu Heil- und Erholungszwecken. Wenn man liest, wie viel Heilerfolge vor 100 Jahren ein Doktor Heim in Gais mit den Molken erzielte, frägt man sich, warum dies nicht noch heute in Verbindung mit den Mitteln der modernen Therapie möglich sein sollte.

Gastgewerbe
und Kur-
wesen

Ende 1943 waren in 124 Fabriken 3242 Arbeiter, 2022 männliche und 1220 weibliche, beschäftigt. Rohstoffmangel und Exportschwierigkeiten legten der Industrie Beschränkungen auf und machten es vielen Unternehmen schwer, sich und die Arbeiterschaft durchzuhalten. Dass dies nicht ohne bedeutende Opfer geht, wird in vielen Kreisen leider zu wenig eingesehen. Die Textilindustrie erzielte mit Zellwolle gute Erfolge. Überraschend gut war, vor allem in der ersten Jahreshälfte, der Beschäftigungsgrad in der Stickerei. Vom Gesamtexport fielen 55—70 % auf Übersee, wo sich der Ausfall der chinesischen Konkurrenz bemerkbar machte. Die Kriegsverhältnisse erhöhten selbstverständlich das Risiko, und angesichts der eingefrorenen Guthaben mussten höhere Garantien verlangt werden. Die neuen Regelungen mit Iran, Irak und Arabien tragen diesen Umständen Rechnung. Die Unterbrechung der Verbindungen durch die Invasion in Frankreich brachte einen unliebsamen Rückschlag. Die allzulange anhaltende Krise der Stickerei der letzten Jahrzehnte macht sich heute in einem Mangel an geeigneten Arbeitskräften geltend. Das Durchschnittsalter der heutigen Stickergeneration liegt über 60. Darum setzen die schweizerischen Stickfachschulen alles daran, nicht bloss die Zahl der Handsticker zu vermehren, sondern die Belegschaft auch zu verjüngen. Daneben ist die Nachstickerei, der nur noch ungenügende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, ein Sorgenkind. Auch da versucht man durch Veranstaltung von Kursen Abhilfe zu schaffen. Einem dringenden Wunsch der Stickereifabrikanten trug die Erhöhung der Stichpreise um 10 % Rechnung. Der Fabrikstickertarif erfuhr eine neue Regelung. Anerkennenswert ist jeder Versuch, neue Industrien festen Fuss in unserem Lande fassen zu lassen, umso mehr, als die Schwierigkeiten, die ja zur Genüge bekannt sind, oftmals unterschätzt werden. So hat sich die neu gründete Metrohm A.-G. in Herisau auf die Herstellung erstklassiger Präzisionsgeräte für Hochfrequenztechnik und Elektro-Akustik verlegt.

Der Kanton Appenzell besitzt keine Durchgangsstrassen, die verschiedene Landesteile der Schweiz miteinander verbinden, die Bodensee-Toggenburg-Bahn tangiert ihn bloss. Etwas weiter landeinwärts wird die vom Bund projektierte Durchgangsstrasse St. Gallen - Winkeln - Herisau - Schönengrund - Toggenburg - Rapperswil - Arth-Goldau führen. Das Teilstück auf unserem Kantonsgebiet wird in drei Etappen

fertiggestellt werden und die ganze Strasse eine Breite von 7 Meter mit zwei Fahrspuren erhalten. Auch die Kräzerenstrasse soll auf 6 Meter Breite ausgebaut werden, wodurch eine bessere Verbindung zwischen den beiden Touristen- und Kulturlandschaften Appenzell und Toggenburg geschaffen wird. Die Strassenteerung musste sich wegen Materialmangel auf Flickarbeiten beschränken. Viel Ärgernis und Kosten bereitet die Stosstrasse. Seit den grossen Rutschungen 1930 ist der Hang des Schlittertobels nie mehr zur Ruhe gekommen, trotz umfangreichen Entwässerungs- und Verbauungsarbeiten, die nach genauen Kontrollvermessungen ausgeführt wurden. Das Trassee der Altstätten-Gais-Bahn, die neue Stosstrasse und die anliegenden Liegenschaften sind durch die Terrainbewegungen in gleichem Masse gefährdet.

Die *Sanierungsfrage* der *Appenzellerbahnen* konnte auch dieses Jahr nicht erledigt werden, ist vielmehr in eine Sackgasse geraten. Der von Bern vorgeschlagene Plan I, der eine Fusion der Appenzellerbahn, der Bahn Appenzell-Weissbad-Wasserauen und der Bahn St. Gallen-Gais-Appenzell vor sieht, bringt manche Nachteile, der Plan II mutet den Elektrifikationsgläubigern der SGA und der AB den Verzicht auf ihr Darlehen zu. Die Gemeinden Teufen, Bühler, Gais wären zu diesem Opfer bereit gewesen, allein die Stadt St. Gallen und Appenzell I. Rh. lehnten ab, so dass ein neuer Weg gesucht werden muss. Auch die Bahn Altstätten-Gais soll nach Plan IV in die Sanierung einbezogen werden, die hier nach der finanziellen wie technischen Seite dringend nötig ist. Historische, technische und finanzielle Gründe erschweren eine Fusion aller vier Bahnen, die vom betriebstechnischen Standpunkt aus erwünscht wäre. Man sprach auch von der Einbeziehung der Bodensee-Toggenburg-Bahn, durch die Einlegung einer dritten Schiene auf der Strecke St. Gallen-Herisau, die eine direkte schmalspurige Verbindung St. Gallen-Wasserauen über Herisau und Urnäsch gestatten und ein geschlossenes Bahnnetz herstellen würde. Die Verkehrssteigerung der Appenzellerbahnen hat auch im Jahre 1944 angehalten, so dass die Ziffern des Vorjahres beträchtlich übertroffen worden sind. So beförderte die *Appenzellerbahn* mit 783 708 Personen fast 50 000 mehr. Der Einnahmenüberschuss betrug 188 704 Fr., 33 362 Fr. mehr als im Vorjahr. Die Bahn *St. Gallen-Gais-Appenzell* mit 994 749 Personen über 100 000 mehr als 1943, und der um rund 85 000 Fr. höhere

Überschuss erlaubte Zinsrückstände und teilweise auch die Passivsaldi früherer Jahre abzutragen. Auch die *Rorschach-Heiden-Bahn* buchte mit 88 964 Fr. einen um mehr als 30 000 Fr. höheren Überschuss bei 293 464 Personen. Die Zahlen bei der *Strassenbahn St. Gallen-Speicher-Trogen* stellen sich wie folgt: Betriebsüberschuss 163 506 Franken (107 502 Fr.), beförderte Personen 628 740. Die *Säntis-Schwebebahn* konnte erst nach Kriegsende eine steigende Prosperität verzeichnen. Ihre schwache Seite ist der Zubringerdienst Urnäsch-Schwägalp, bei dem sich die Einschränkungen des Postautoverkehrs bedenklich auswirkten. Unter den Projekten, die dem Übelstand abhelfen sollen, seien diejenigen einer Kleinschwebebahn Steinfluh-Grossgarten und eine Seilbahn Steinfluh-Schwägalp erwähnt. Die intensiven Bemühungen zur Hebung des Fremdenverkehrs haben sich auch für unsere Bahnen vorteilhaft ausgewirkt, die an schönen Sport- und Wandertagen den Stossverkehr kaum bewältigen können. Eine gute Idee waren die Ferien-generalabonnemente «Nordostschweiz» und «Appenzellerland», die an sieben aufeinander folgenden Tagen für beliebige Fahrten auf dem vorgeschriebenen Netz galten und für anschliessende Linien Vergünstigungen gewährten.

Kirche

Es ist begreiflich, dass die materiellen und wirtschaftlichen Sorgen heute im Vordergrund stehen, der Wiederaufbau nach dem Kriege in erster Linie von dieser Seite her begriffen und übersehen wird, dass die Wurzel des Übels im Geistigen liegt. Die Besinnung auf die ewige Bestimmung des Menschen ist weithin verloren gegangen; darum erleben wir in so grauenhafter Weise, wie die Menschenwürde in den Kot getreten wird, wie Glaube, Sitte und Recht verfallen. Der Kirche erwächst hier eine ungeheure Aufgabe, die nicht sowohl durch Beschlüsse und Organisationen gelöst wird, sondern durch beispielhaftes Leben und die nimmer müde werdende Verkündigung von Gottes Wort, Auftrag und Gnade. Da der religiöse Jugendunterricht für die spätere Einstellung zu Religion und Kirche bestimmend ist, ergeben sich hier neue Aufgaben. Die Ergebnisse der im Frühjahr abgeschlossenen Inspektionen des kirchlichen Religionsunterrichtes wurden vom Kirchenrat auftragsgemäss in einem Generalbericht zusammengefasst. Damit war eine wertvolle Grundlage für die Revision der Bestimmungen über Kinderlehre und Religionsunterricht geschaffen und einer Subkommission die Bearbeitung übertragen. Die Kirche darf sich freuen über

die rege Mitarbeit des Bundes der evangelischen Jugend der Schweiz, der Jungen Kirche, deren appenzellischer Zweig die 1. Tagung hielt. Sonntagsschulkonferenzen gaben neue Anregungen, wie man die ganz jungen und empfänglichsten Glieder der Kirche für Christus gewinnt. Eine wirksame Helferrolle im Kampfe um die christliche Sache kommt dem vom Pfarrkonvent herausgegebenen Kirchenblatt zu, das in jedes evangelische Haus gehört. Rechnen wir dazu die Taubstummenpastoration, die appenzellische Missionstätigkeit mit dem Missionsfest vom 6. Juli in Heiden, zahlreiche Vorträge über religiöse Gegenwarts- und andere Fragen, so zeigt sich ein beachtliches Streben, auch ausserhalb des Gottesdienstes für das Evangelium zu wirken. Es gilt viel Lauheit und Gleichgültigkeit zu überwinden — von den 12 000 evangelischen Stimmberchtigten erscheinen jeweils, wenn's gut geht, 10 % an den Kirchgemeindeversammlungen! — Es ist dies doppelt nötig im Hinblick auf die rege katholische Aktion, nicht im Sinne eines konfessionellen Kampfes, sondern im Wetteifer um die Bewahrung gemeinsamen Glaubengutes. Haben doch beide Konfessionen Stellung bezogen im Kampfe gegen moderne Irrlehren, gegen Materialismus, Rassenwahn und Kommunismus. Darum ersuchte der Kirchenrat auch die Pfarrämter, in der Predigt Stellung zu nehmen gegen die Judenverfolgungen. Die appenzellische *Synode* versammelte sich am 12. Juli in Bühler. Sie wählte Dr. W. Lutz in Trogen zum neuen Präsidenten. Neben den üblichen Jahresgeschäften kamen auch das neue Gesangbuch, die Flüchtlingsfrage und die Nachkriegsaufgaben der Kirche zur Sprache. Der Streit um das neue Gesangbuch hat einen vorläufigen Abschluss gefunden, nachdem nun die Meinungsäusserungen des ganzen deutsch-schweizerischen evangelischen Kirchenvolkes vorliegen. Ein Verbleiben beim alten Gesangbuch kommt nicht mehr in Frage; doch stellt der Probeband nicht das ersehnte neue Gesangbuch dar. Die Aufgabe einen neuen Entwurf zu schaffen wurde einer neuen Gesangbuchkommission übertragen, die Vertreter aller Richtungen umfasst und in die der Kirchenrat als appenzellischen Vertreter Pfarrer R. Hirzel in Bühler abordnete.

Zu einem schönen Fest gestaltete sich das 100 Jahr-Jubiläum des *Protestantisch-Kirchlichen Hülfsvereins* am 29. Oktober in Herisau. Der erste Hülfsverein wurde 1842 von dem in der Diaspora Freiburg wirkenden Basler Pfarrer Legrand gegründet. 1844 traten 13 Pfarrherren und 11 Laien,

darunter Joh. Caspar Zellweger, in Teufen zur Gründung eines appenzellischen Vereins unter dem Präsidium von Dekan J. Frei in Trogen zusammen, der schon im ersten Jahr von den gesammelten 1663 Gulden 1000 an den Vorverein sandte. 1876 wurde erstmals die junge evangelische Gemeinde in Appenzell mit 500 Fr. unterstützt. Die Hauptaufgabe ist die Hilfe an Diasporagemeinden. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass in der katholischen Gemeinde Oberegg seit der Reformationszeit eine evangelische Siedlung, der Weiler «Herren» liegt. Dort trafen sich im Sommer 1944 Glieder der Gemeinden Wald und Reute samt ihrer Kinderlehrjugend zu gemeinsamem Gottesdienst. In Honegg-Oberegg wurden während des Winters einige Gottesdienste in der geräumigen Stube eines dortigen Protestanten durch den Pfarrer von Wald gehalten; an der Weihnachtsfeier nahmen 20 evangelische Obereggerkinder teil.

Schule

Auch das *Schuljahr 1943/44* verzeichnete wieder einen Rückgang der Schülerzahl von 5228 auf 5178; eine Vermehrung der Schülerzahl weisen nur die Gemeinden Schönengrund, Teufen, Speicher, Rehetobel, Heiden, Wolfhalden, Walzenhausen auf, in Waldstatt blieb sie sich gleich. Die Auslagen für den Primarschüler belaufen sich im Durchschnitt auf Fr. 229.27. Die höchste Quote mit Fr. 340.91 hat Bühler, die kleinste Schwellbrunn mit 136.81. Der kantonale Lehrerverein hielt am 24. August in Heiden seine Hauptversammlung ab, an der Berufsberater Jucker von Rüti (Zch.) über «Schule und Beruf» sprach. Der Lehrerverein umfasst 243 Mitglieder, unter ihnen 168 aktive, 59 pensionierte und auswärtige, 7 stellenlose. Die Arbeitslehrerinnen vereinigten sich am 11. September in Vögelinsegg, wo sie einen Vortrag von Prof. Thürer, Teufen, anhörten «Die Schweizergrenze geht durch unsere Schulstube». Die Vermittlung von Stellvertretern verursachte bedeutende Arbeit, da der einstige Zeit herrschende Lehrerüberfluss bedeutend zurückgegangen ist. In Herisau und Teufen wurden 1944/45 auf Antrag von Schulinspektor Hunziker Versuchsklassen der Oberstufe der Primarschule geführt. Ihr Zweck war Entlastung der Realschule von ungeeigneten Elementen und die inneren Hebungen der Abschlussklassen der Primarschule. Im August fand der letzte Turnkurs zur Einführung in die neue eidg. Turnschule in Trogen statt. Wegleitend für diese ist, dass jede Altersstufe ihr eigenes Übungsbedürfnis hat. Die Landesschulkommission veranstaltete vom 26.—28. April einen Kurs für

Heilpädagogik unter der Leitung von Dr. phil. P. Moor, Leiter des Heilpädagogischen Seminars der Universität Zürich, an dem verschiedene Referenten in Vorträgen und Demonstrationen die Behandlung der Geistesschwachen, Schwererziehbaren, Taubstummen und Blinden oder Gehör- und Sehschwachen einführten.

Es ist gang und gäbe, für die geistige Krise der Gegenwart Kirche und Schule verantwortlich zu machen, wie wenn sie allein «versagt» hätten. Demgegenüber darf betont werden, dass in beiden Institutionen auch bei uns ehrlich gerungen wird, den rechten Weg zu finden. Beliebte Angriffsziele sind unsere Mittelschulen, die unsren akademischen Nachwuchs heranzubilden die Aufgabe haben. Die Angriffe sind nicht immer sachlich und gerechtfertigt, und für eine kleinere Mittelschule wie unsere Kantonsschule, deren Mittel beschränkt sind, lässt sich manches nicht durchführen, das an sich begrüssenswert wäre. Trotzdem bemüht unsere höchste Schule sich mit Erfolg, den modernen Anforderungen an Lehrplan und Methode möglichst gerecht zu werden. Sie sucht auch so weit als möglich unbemittelten Schülern den Schulbesuch zu ermöglichen und wird in diesem Bestreben unterstützt durch die jährlichen Zuwendungen des Kantons-schulvereins und der von ehemaligen Schülern gegründeten Rektor Wildi-Stiftung. Zum erstenmal wurden die Diplom-prüfungen der 5. Handelsklasse abgenommen, die von sieben Prüflingen bestanden wurde. An der ordentlichen Herbst-maturaprüfung konnte 14 Gymnasiasten und 11 Oberreal-schülern das Reifezeugnis erteilt werden. Ende Juni wurden 7 Gymnasiasten und 5 Oberrealschüler, die sich zur Rekrutenschule stellen mussten, zu einer ausserordentlichen Maturitätsprüfung zugelassen, die sie alle mit Erfolg be-standen.

Wiederum schloss eine stattliche Reihe junger Appenzeller ihre akademischen Studien mit Erfolg ab. Zwei Geistliche wurden ordiniert, in Trogen W. Freund und in Rheinfelden Fritz Aellig aus Speicher, während E. Marti von Wienacht-Tobel das theologische Staatsexamen bestand. Das medizinische Staatsexamen haben in Zürich bestanden Willy Frischknecht und Hans Eggenberger von Herisau, das phar-mazeutische in Genf Guido Piotti, früher in Herisau. Kurt Rohner von Herisau doktorierte in Bern als Jurist, als Zahnarzt Dr. phil. R. Landolf von Heiden, an der Philosophischen Fakultät in Zürich Konrad Lobeck von Herisau in Schaan;

Aka-
demisches

Otto Clavadetscher in Trogen erwarb in Zürich das Gymnasiallehrerpatent mit dem Hauptfach Geschichte. An der Eidg. Technischen Hochschule erwarb E. Lanker von Speicher das Diplom als Bauingenieur, an der Technischen Hochschule in München R. Zellweger von Trogen den Doktor in Chemie.

«Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.» Im Kampf um die materielle Existenz stellen sich leicht seelische Mangelkrankheiten ein, und in einem Land mit engen und kleinen Verhältnissen, abseits der grossen geistigen Zentren wird man immer gegen eine gewisse provinzielle Verkümmерung ankämpfen müssen. Jede Gemeinde muss gleichsam eine Zelle des Geisteslebens haben. Unsere Gesellschaften, und nicht nur die alten Lesegesellschaften, haben hier eine schöne und dankbare Aufgabe, die sie auch meist mit anerkennenswertem Eifer zu erfüllen bereit sind. Jede Gemeinde hat Gelegenheit, während der Wintermonate namentlich, gediegene Vorträge von einheimischen und bedeutenden auswärtigen Referenten anzuhören, die mit dem Bildungsgut aller Zeiten, aber auch mit den kulturellen, politischen und sozialen Gegenwartsfragen vertraut machen. Eine Reihe wohlgefälliger Kirchenkonzerte beweist, dass die Pflege gediegener ernster Musik im Zunehmen ist. Vergleicht man die Liederprogramme unserer Chöre mit solchen aus früheren Jahrzehnten, so zeigt sich eine merkliche Verbesserung des Geschmackes, indem ein gewisser seichter, sentimental Liederstil im Verschwinden begriffen ist. Die Sektion Wald des kantonalen Musikverbandes lud den Vorstand des Verbandes ein, durch Vermittlung des schweizerischen Verbandes bei der programmleitenden Instanz des Schweizerischen Rundspruches vorstellig zu werden, weil die Sendungen minderwertiger Jazzmusik zugenommen haben. Die bildenden Künstler haben sich in der ostschweizerischen Kunst und darüber hinaus einen festen Platz errungen. Der in Herisau aufgewachsene, in St. Gallen tätige Ch. A. Egli veranstaltete im November im «Löwen» Herisau eine Ausstellung seiner Bilder, der Graphiker H. Schiess im Kasino. Beide Ausstellungen fanden eine günstige Aufnahme. Die Kantonsbibliothek, die ihre kostbaren Schätze vor der Gefährdung durch die Methoden des totalen Krieges in Sicherheit brachte, ist bestrebt, neben ihrer Sammlung appenzellischer Literatur auch diejenige von graphischen Blättern appenzellischen Inhalts zu äufnen.

Überall, wo es gilt, die kulturelle Eigenart zu pflegen, dürfen wir uns der tatkräftigen Unterstützung des Heimat-
schutzes erfreuen, dessen appenzell-ausserrhodische Sektion mit 343 Einzel-, 4 Kollektivmitgliedern und 25 Unterstützern die relativ stärkste der Schweiz ist. Er ist aber auch bereit, bizarren Auswüchsen alter Traditionen, z. B. bei den Silvesterkläusen zu wehren. Die Not der Zeit legte manchen schönen Bräuchen empfindliche Einschränkungen auf, und so sah man denn bei dem herrschenden Brennstoffmangel am Funkensonntag nur vereinzelte Funken. In Herisau feierte der «Gideo Hosestoss»-Umzug sein 100jähriges Bestehen.

Die politischen Parteien waren sich einig in der Annahme des Bundesgesetzes über den unlautern Wettbewerb und der kantonalen Zusatzsteuer. In der sozialdemokratischen Partei trat eine Spaltung ein, indem auf Antrag der Sektion Herisau eine radikale Gruppe die Beziehungen zur Schweiz. Sozialdemokratischen Partei abbrach und sich als selbständige «Arbeiter- und Bauernpartei» konstituierte, worauf sich die gemässigte Minderheit trennte, Walzenhausen als ihren Vorort bestimmte und innerhalb der schweizerischen Partei blieb. Der kantonale landwirtschaftliche Verein protestierte gegen die Bezeichnung Arbeiter- und *Bauern*partei, denn der Appenzellerbauer ist Demokrat und Individualist und will von einer staatlich gelenkten Kollektivwirtschaft nichts wissen. Die Ortsgruppe Urnäsch des «Aufgebot» machte in zwei in der Presse veröffentlichten Briefen auf die Umsturzgefahr, die von Seiten der Partei der Arbeit droht, aufmerksam.

«Üb Aug' und Hand für's Vaterland.» Trotzdem der Krieg mehr und mehr eine Angelegenheit der Technik geworden ist, hat die Schiessausbildung des einzelnen Soldaten, besonders in der Verteidigung — das haben der finnische Krieg und die Partisanenkämpfe gelehrt —, nicht an Bedeutung eingebüsst. Leider ist ein steter Rückgang in der Beteiligung an den Jungschützenkursen wie an deren Wett-schiessen, deren letztes in Schwellbrunn stattfand, zu verzeichnen. Hemmend wirkt sich die Bestimmung aus, wonach die Beteiligung an Jungschützenkursen von der Absolvierung einer turnerischen Leistungsprüfung abhängt. Am Vöglinsegg-Schiessen am 2. Juli beteiligten sich 1032 Gewehr- und 172 Pistolenschützen. Die kleine Feldschützengesellschaft Stein gewann als erste appenzellische Sektion die Standarte. Das 1943 unterbliebene Stoss-Schiessen am 23. August ver-

Heimatschutz
und Brauchtum
Parteien
Vereins-
leben, Sport

einigte 1167 Schützen aus 48 Sektionen. Ständerat Ackermann hielt die Ansprache über «Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Schweiz».

Nicht minder wichtig ist die turnerische Ausbildung und Betätigung. Der Regierungsrat verteilt wiederum einen Turnkredit von 2400 Fr. an die verschiedenen Vereine und Riegen. Aus dem Anteil am Sporttotogewinn wurden 4450 Fr. für Turnhallenbau und Verbände ausbezahlt, 5545 Fr. zurückgestellt. Die schweiz. Leichtathletenkommission verlangt, dass die Nachwuchswettkämpfe allen in der Schweiz wohnenden Jünglingen offen stehen. Am ostschweizerischen Skirennen am 29. Januar ragte wiederum Hans Schoch in Urnäsch hervor; der Skiklub Trogen zeigte seine Stärke im Langlauf. Unter dem Patronat des Verkehrsvereins St. Gallen «Hilfsaktion für Sport und Verkehr, Abteilung Routendienst» wurde für das mittelländische Skigebiet ein Skitourenplan aufgestellt und Alarm-, Melde- und Rettungsstationen eingerichtet. Die Sektion Säntis des Schweizerischen Alpenclubs konnte auf 75 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Sie ist 1869 aus den Untersektionen Hochalp und Gäbris hervorgegangen. Rektor Tobler in Herisau hielt in einer Erinnerungsschrift die Entwicklung der Sektion in den letzten 25 Jahren fest. Die Säntisnordwand forderte auch dieses Jahr wieder ihre Opfer. Am 20. August fand man das seit Anfang Juni vermisste Ehepaar Peterhans von Zürich an der Route Schwägalp-Tierwies-Säntis tot auf.

Presse

Die appenzellische Presse litt, wie ihre Kolleginnen in den andern Kantonen unter den Vorschriften der Zensur und der Papierkontingentierung. Ihren Vertretern wurde erlaubt, künftig auch an geschlossenen Sitzungen des Kantonsrates teilzunehmen, sofern der Rat nicht anderes beschliesst.

Wohltätig- keit

Die weitgehende staatliche Notstandsfürsorge, deren Sonderrechnung die Staatskasse mit insgesamt 1 009 400 Fr. belastet und somit an erster Stelle der Ausgabenkonten steht, wird die private Wohltätigkeit niemals ganz ersetzen können. Über ihren Umfang geben die Berichte der verschiedenen Kommissionen und Institutionen in diesem Jahrbuch ein Bild, das der Gebefreudigkeit und dem wohltätigen Sinn unserer Bevölkerung auch in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Sorgen ein ergreifendes Zeugnis ausstellt. Allerdings bemerkt ein Berichterstatter über den Erfolg der vom Roten Kreuz veranstalteten Couponsammlung: «Wenn dieses Resultat auch an und für sich schön ist, so dürfen wir uns nicht täuschen: In

diesen Zahlen wirkt sich die zunehmende Verarmung weiter Kreise aus unserem Volke erschreckend aus, und dieser Gedanke will in mir keine ungetrübte Freude an diesem ‚Erfolg‘ aufkommen lassen.» Und trotz alledem fanden sich noch viel mehr Freiplätze in unsren Familien — es waren nicht etwa nur solche, die mit Glücksgütern gesegnet waren —, als für die rund 300 Flüchtlingskinder benötigt wurden, Mochten auch da und dort die Beträge etwas bescheidener ausgefallen sein, so waren die Resultate der Beckeliaktion, der Winterhilfe-, Wochenbatzen-, Flüchtlingshilfesammlung u. a. Kollektiven recht erfreuliche.

Die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen von ^{Gesundheits-}
^{pflege} rund 24 000 Fr. waren um nicht ganz einen Dritteln kleiner als im Vorjahr. Der allgemeine Gesundheitszustand gab keinen Anlass zu Besorgnissen. Eine Kinderlähmungsepidemie, die im Sommer alle Gemeinden des Mittellandes, sowie Herisau, Stein, Rehetobel und Heiden ergriff, konnte dank sofort ergriffener Massnahmen bis zum Oktober zum Erlöschen gebracht werden. Die Verpflegungstage in den Krankenhäusern sind erneut angestiegen. Der Verpflegungstage waren insgesamt 85 648, was bei einem Staatsbeitrag von 90 Rp. für den Tag, die Staatskasse mit über 77 000 Fr. belastete. Die Heil- und Pflegeanstalt schloss bei einem Defizit von 7960 Fr. um fast 3800 Fr. günstiger ab als budgetiert war. Die Zahl der Verpflegungstage stieg von 138 300 auf 144 800, was vermehrte Anschaffungen und bauliche Veränderungen bedingte. Von den appenzellischen Krankenkassen machten nur 15 Vorschläge und 26, trotz hohen Monatsbeiträgen und Selbstbehaltsbezügen von 10—20 %, Rückschlüsse. Die 53 Kassen umfassen bei einem Zuwachs von 648 einen Mitgliederbestand von 26 102. Ein wichtiges Problem bleibt die Tuberkulosenfürsorge und -versicherung. Trotzdem die Bekämpfung dieser Volkskrankheit in den letzten Jahrzehnten grosse Fortschritte gemacht hat, müssen angesichts der Überhandnahme der Tuberkulose in den vom Krieg heimgesuchten Nachbarländern, aber auch gegenüber der erhöhten Anfälligkeit unserer Volksgenossen infolge der wirtschaftlichen Not und Unterernährung die vorbeugenden Massnahmen verstärkt werden. Hier steht uns die Stiftung für die Tuberkulosenfürsorge zur Verfügung, deren Vermögensstand am Ende des Jahres 320 049 Fr. ausmachte.

Werfen wir noch einen Blick auf die Appenzeller ^{Appenzeller} auswärts, von denen viele die Treue und Anhänglichkeit an ihre

engere Heimat bewahrt haben. Der Appenzellerverein Luzern konnte auf 25 Jahre seines Bestehens zurückblicken. Am 25. Januar landete in Buenos Aires Pfarrer Gottfried Rohner von Herisau, dem der Schweiz. Evangel. Kirchenbund die schöne Aufgabe übertragen hat, in Misiones, der alten Jesuiten-niederlassung, etwa Dreiviertel so gross wie die Schweiz, eine evangelisch-reformierte Gemeinde zu gründen. Sie umfasst bis jetzt 150 deutsch und französisch sprechende Schweizerfamilien und solche anderer Nationalität. In Zürich starb 58-jährig Musikdirektor Karl Aeschbacher. Der gebürtige Berner, der lange Jahre in Trogen wirkte, hat sich um das appenzellische Musikleben hochverdient gemacht, nicht nur durch die Herausgabe alter appenzellischer Tänze und Lieder, veranlasst durch den Heimatschutz, sondern auch durch eigene wertvolle Kompositionen. In Märstetten starb der aus Wolfhalden gebürtige Lehrer Traugott Lutz, der der Öffentlichkeit in verschiedener Weise als Zivilstandsbeamter, Dirigent und Organist diente. Der Regierungsrat von Zürich wählte zum Oberarzt der medizinischen Klinik des Kantonsspitals Dr. med. Fritz Koller, Sohn des früheren Direktors unserer Heil- und Pflegeanstalt.

So schliesst sich wieder der Jahresring unserer Betrachtungen. Kein schwerer Sturm hat unser Haus erschüttert und seine Grundfesten ins Wanken gebracht, trotz allem Ringen um die Existenz und Sorgen für die Zukunft. Wir erinnerten am Anfang an das Haus in Heiden, das mitten im Feuerwüten erhalten blieb. Es hiess zur *Harmonie*. Harmonie bedeutet nicht Freiheit von inneren Gegensätzen, oder Gleichschaltung, auch nicht träge Ruhe und Selbstgenügsamkeit, wohl aber Ordnung, ein gegenseitiges Sichanpassen und Entgegenkommen, Kampf gegen alle Tendenzen, die das Gemeinleben vergiften und zerstören wollen, Versuch, die notwendigen inneren Spannungen und Meinungsverschiedenheiten in einer höheren Einheit auszugleichen. Inmitten einer körperlich und seelisch verwüsteten Welt ist es unsere Aufgabe, nach dieser Harmonie zu streben in Familie, Gemeinde und Staat. Wie in einem kranken Organismus die Gesundung von den kleinsten Zellen ausgeht, so müssen wir auch in den kleinsten Verhältnissen dafür sorgen, dass genügend Ansatzpunkte geschaffen werden, von denen die Gesundung der menschlichen Gesellschaft ausgehen kann.